

**Absender
CDU-Fraktion und
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0539/2015

öffentlich

Antrag

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion und SPD-Fraktion**

**zur Sitzung:
Haupt- und Finanzausschuss am 10.12.2015
Rat der Stadt Bergisch Gladbach am 15.12.2015**

Tagesordnungspunkt

Antrag der Fraktionen von CDU und SPD zur Einrichtung einer Produktgruppe "Asyl und Flucht"

Inhalt:

CDU- und SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach stellten am 03.11.2015 folgenden Antrag:

Der Rat möge beschließen:

- 1.) Ab dem Jahr 2018 wird eine gesonderte Produktstelle „Asyl und Flucht“ im Haushalt bzw. dem Rechnungswesen der Gemeindeverwaltung eingerichtet. Diese Produktstelle soll alle Kosten im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zusammenfassen, da diese Kosten bislang in den Produktstellen 050201 und 100501 zusammen mit Sozialleistungen an andere Personengruppen ausgewiesen werden. Ebenso sollen alle Zuschüsse und Erstattungen vom Kreis, Land und Bund dort erfasst werden, damit die Nettosumme der Belastungen im Gemeindehaushalt eindeutig und transparent wird. Die Vergleichszahlen aus 2014 und 2015 sind ebenfalls so darzustellen, damit die Entwicklungen sichtbar werden.
- 2.) Bereits ab dem Haushaltsjahr 2015 wird durch eine tabellarische Übersicht der

entsprechenden Kosten, Einnahmen und Erstattungen ergänzt, um eine möglichst große Transparenz zu erreichen.

Der Antrag und die Begründung sind beigefügt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung teilt die Intention des Antrags, auch im Haushalt die Aufwendungen und Erträge und damit den Zuschussbedarf im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Asylsuchenden und Flüchtlinge transparent darzustellen.

Aufgrund der gewünschten Präsentation im Haushalt geht die Verwaltung davon aus, dass die Antragsteller mit der im Antrag genannten „Produktstelle“ die Einrichtung einer eigenen Produktgruppe gemeint haben, da diese Steuerungsebene im Haushaltsbuch dargestellt wird.

Die Verwaltung hatte sich (u.a. auch im Zusammenhang mit der Abrechnung der Kosten für die Erstaufnahmeeinrichtungen) bereits im Vorfeld des Antrags mit der Thematik auseinandergesetzt.

Die betroffenen Fachbereiche sind hierzu auch weiterhin im Gespräch.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass es sich um ein komplexes Thema handelt, da im Kontext der Flüchtlingsunterbringung vielfältige heterogene Aufgaben an verschiedenen Stellen der Verwaltung wahrgenommen werden, die finanzielle Auswirkungen haben.

Die Verwaltung wird bei der Neustrukturierung daher vorrangig die Notwendigkeiten im Auge behalten, die sich aus der Abrechnung mit dem Land ergeben.

Die darüber hinaus gewünschte Transparenz im Haushalt sollte mit Augenmaß realisiert werden. Dabei ist sicherzustellen, dass der Arbeitsaufwand hierfür in einem angemessenen Verhältnis zum zu erzielenden Zweck steht.

Für den Haushalt 2018 wären als Vergleichszahlen der Vorjahresansatz (2017) sowie das Vorvorjahresergebnis (2016) maßgeblich. Es ist auch im Zusammenhang mit der zum 01.01.2017 einzuführenden neuen Finanzsoftware zu klären, ob diese Zahlen zur Verfügung gestellt werden können.

Es wird folgender Beschlusstext empfohlen:

1. Ab dem Jahr 2018 wird eine gesonderte Produktgruppe „Asyl und Flucht“ im Haushalt der Stadt eingerichtet. Diese Produktgruppe soll soweit möglich und aufgrund des Arbeitsaufwands vertretbar alle Aufwendungen, Erträge (inklusive aller Zuschüsse und Erstattungen) und den daraus resultierenden Zuschussbedarf im Zusammenhang mit der Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Asylsuchenden und Flüchtlingen zusammenfassen. Der Planung für 2018 soll möglichst der Vorjahresansatz (2017) und das Vorvorjahresergebnis (2016) gegenüber gestellt werden.
2. Ab dem Haushaltsjahr 2015 soll dem Rat und der Öffentlichkeit eine vergleichbare tabellarische Übersicht zur Verfügung gestellt werden.